

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 28. Mai 2025

Dringlichkeitsantrag für die Vollversammlung am 28.05.2025

Dringender Appell an unsere Partner in Israel, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme umfassender Hilfslieferungen für die palästinensische Zivilbevölkerung sowie den Stopp der Vertreibung von über 2 Millionen Menschen einzusetzen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen direkten Aufruf an die israelische Regierung zu richten, die massiven Völkerrechtsverletzungen sofort einzustellen und wieder auf einen Weg zurückzukehren, der das Existenzrecht der Palästinenser*innen absichern kann. Entweder als indirekter Appell über unsere Städtepartnerschaften in Beer Sheva oder direkt in Zusammenarbeit mit den Bürgermeister*innen anderer Großstädte Deutschlands.

Begründung

Mehr als eineinhalb Jahre nach dem Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung hat der durch diesen terroristischen Überfall ausgelöste Krieg längst den Weg einer Verteidigung gegen einen terroristischen Aggressor verlassen.

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bekennt sich zu US-Präsident Trumps Plan der Vertreibung des palästinensischen Volkes aus dem Gazastreifen und will die Menschen dort laut einer Ankündigung vom 22. Mai in den nächsten zwei Monaten auf ein Viertel des Staatsgebietes zusammenpferchen.¹

Der Gazastreifen ist in etwa so groß wie Hamburg. Man kann sich also ausmalen, was das bedeutet. Zumal die Infrastruktur nahezu komplett zerstört ist (insbesondere zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen).²

Durch den Stopp von Hilfslieferungen im März ist ein ganzes Volk vom Hungertod bedroht, auch wenn derzeit langsam wieder Lebensmittel geliefert werden – es sind viel zu wenig. Sämtliche Menschenrechtsorganisationen laufen Sturm, alle Einrichtungen der UN bezeichnen dieses Vorgehen als Bruch von Menschenrechten und sogar Kriegsrecht. Auch immer mehr Regierungen fordern die (in Teilen rechtsextreme) Regierung in Israel auf, dieses Vorgehen endlich und sofort einzustellen.³

¹ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/israel-netanjahu-gaza-plaene-100.html> (aufgerufen am 27.05.25, 8 Uhr)

² Vgl. <https://www.fr.de/politik/zerstoerung-im-gazastreifen-es-ist-wirklich-barbarisch-satellitenbilder-zeigen-ausmass-der-zr-93747167.html> (aufgerufen am 27.05.25, 8 Uhr)

³ Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/gaza-hilfsgueter-108.html> (aufgerufen am 27.05.25, 9 Uhr)

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, fordert angesichts der umstrittenen Gaza-Offensive Israels eine "ehrlichere" Debatte über den Begriff der "Staatsräson" in Deutschland.⁴ "Die Palästinenser auszuhungern und die humanitäre Lage vorsätzlich dramatisch zu verschlimmern, hat nichts mit der Sicherung des Existenzrechts Israels zu tun. Und es kann auch nicht deutsche Staatsräson sein", argumentierte er.⁵

Mit Blick auf die israelische Offensive in Gaza sagte Klein, Israel dürfe sich gegen den "genozidalen Hass" der Hamas verteidigen. Deutschland müsse "nicht nur aus historischer Verantwortung, sondern auch aus reiner Menschlichkeit" an Israels Seite stehen.⁶ Die Verhältnismäßigkeit der Mittel dürfe dabei aber durchaus infrage gestellt werden. Klein fügte hinzu: "Israel ist eine Demokratie und dem Völkerrecht verpflichtet. Daran darf und muss auch Deutschland es erinnern."⁷

Initiative:

Stadtrat Thomas Lechner

Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/antisemitismusbeauftragter-felix-klein-zu-israels-vorgehen-in-gaza-und-zur-staatsraeson-110495529.html> (aufgerufen am 27.05.25, 9 Uhr)

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München